

Hannes Androsch

Unser Heer

Onlinemagazin „SPÖ aktuell“ (aktuell.spoe.at)

07.01.2013

„Österreich ist immer ein Jahr, eine Armee und eine Idee zurück“ meinte Napoleon vor rund zweihundert Jahren. Er soll noch immer Recht behalten, nur dass inzwischen, was Reformen und Modernisierung anlangt, es in vielen Bereichen viele Jahre, ja Jahrzehnte des Rückstandes sind. Dazu gehört auch die Frage zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und damit unser Berufsheer. Auch hier sind wir trauriger Nachzügler. Von den 27 Mitgliedsstaaten haben inzwischen 21 Staaten, die rund 93 Prozent der 504 Mio. EU-Einwohner umfassen, ein Berufsheer. Zuletzt waren es Deutschland und Schweden, die zu einem freiwilligen Profiheer übergegangen sind. Selbst die Schweiz will demnächst dazu eine Volksabstimmung abhalten. Mit dieser Entwicklung der Verteidigungsstrukturen wird den geänderten Bedrohungsverhältnissen und damit verbundenen neuen Aufgaben Rechnung getragen. Es ist schon bald ein Vierteljahrhundert seitdem der Kalte Krieg zu Ende gegangen ist. Mit ihm sind Grenzbedrohung und territoriale Verteidigung weggefallen. Man braucht nicht mehr Panzer im Marchfeld oder Stiefel im Seewinkel, der Oststeiermark oder am Karawankenkamm fürchten. Unsere diesbezüglichen Nachbarn sind mittlerweile wie wir Mitglieder der EU. Die Gefahren und Bedrohungen kommen heute von anderswo her, z. B. als Cyberattacken aus der Steckdose, durch Terrorismus, der Verbreitung von nuklearen, biologischen oder chemischen Waffen, der sogenannten internationalen Kriminalität, von unkontrollierter Migration. Es geht um Sicherheit von Energie und Rohstoffen oder um Friedenserhaltung und Friedenssicherung im Rahmen von UN-Aktivitäten. Während des Kalten Krieges haben die USA Europa einen Sicherheitsschirm bereitgestellt. Nunmehr ziehen sie sich zurück. Daher muss sich Europa selbst um seine Sicherheit kümmern, muss sich verteidigungspolitisch emanzipieren. Dazu muss jedes Mitgliedsland, daher auch wir, einen angemessenen Beitrag leisten. Zudem haben sich die Militärtechnologien weitgehend verändert. Sie sind für zwangsverpflichtete kurzzeitige Wehrdiener in ihrer Komplexität nicht beherrschbar. Schon die zahlreichen Unfälle bei ohnehin überholten Panzerübungen belegen dies. Ebenso die Milizeinheiten, die schon seit Jahren keine Übungen mit dem gesamten Personal mehr gemacht haben und daher gar nicht mehr einsatzfähig sind. Aus all diesen Gründen ist der zwangsweise Wehrdienst überholt, hat er ausgedient. Er besteht überwiegend aus Leerlauf und stellt für die betroffenen jungen Männer einen zwangsweisen Entzug an Zeit, Einkommen und Karriere- oder Studienmöglichkeiten dar. Der Wirtschaft fehlen die Arbeitskräfte als Installateure, Elektriker, IT-Spezialisten etc. Damit bewirkt der Wehrdienst einen beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden ohne erkennbaren Nutzen. Betten machen oder Schuhe putzen rechtfertigen sicher keinen Wehrdienst. Dies ist

auch kein Dienst an der Gemeinschaft, sondern nur eine unsinnige Besteuerungsform.

Nach der Grundausbildung alles was sich bewegt zu grüßen, alles was sich nicht bewegt zu putzen und in der Ausgehzeit die örtlichen Wirte wirtschaftsfördernd zu unterstützen, empfindet die überwiegende Mehrzahl der betroffenen Männer als Zeit- und Einkommensdiebstahl. Als ohnehin mehr als fragwürdiger Ersatz für versäumte Erziehung durch das Elternhaus und der Schule oder als Nachholung unterlassenen Turnunterrichts sowie als Konkurrenz für Führerscheinwerb über Fahrschulen ist der zwangsweise Wehrdienst jedenfalls viel zu teuer. Schließlich sind die tragischen Ereignisse des Februar 1934 nach fast 80 Jahren auch kein Argument gegen ein Berufsheer, weil damals befehlsweise mindestens genauso die Polizei beteiligt war, im Übrigen überhaupt nur beim Brand des Justizpalastes.

Dies ist der Grund, warum inzwischen alle Parlamentsparteien bis auf ÖVP und FPÖ für ein professionelles Berufsheer eintreten. Witz der Geschichte dabei ist, dass gerade die ÖVP und FPÖ in der Regierungsvereinbarung ihrer unseligen korruptionsdurchsetzten Regierung bereits im Jahr 2000 ein Berufsheer vereinbart hatten. Und auch der niederösterreichische Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat schon vor Jahren lauthals erklärt: „An einem Berufsheer führt kein Weg vorbei!“ Jetzt hat er die Volksbefragung ausgelöst. Mit ihr will er im Niederösterreichischen Landtagswahlkampf von den zahlreichen Korruptionsfällen seiner Partei, der verspekulierten Milliarde Wohnbaugelder in Niederösterreich, den Verlusten seiner Landeshypothekenanstalt und den riesigen Schulden seines Landes, die größer sind als die Kärntens, ablenken.

Tatsache ist, dass wir schon jetzt überwiegend ein Berufsheer haben und zwar 12.700 Berufssoldaten, 1.600 Zeitsoldaten und 8.000 Verwaltungspersonal. Dies für 11.000 Wehrdiener, die im Durchschnitt sechs Monate Dienst versehen. Allerdings ist wegen einem für Soldaten unbrauchbaren Dienstrecht dieses Berufsheer, dessen einsatzfähiger Teil höchst qualifiziert und professionell ist, überaltert und überbürokratisiert. Es verschlingt mit 1,24 Mrd. Euro mehr als 62 Prozent des gesamten Verteidigungsbudgets. Wenn dies gestrafft wird, werden auf Sicht beträchtliche Mittel frei, wird das Bundesheer schlanker und effizienter, und man kann dringend notwendige Investitionen in Technologie und Infrastruktur tätigen. Überdies spart man sich die Verschwendung des Wehrdienstes. Man erhält ein zeitgemäßes und effizientes Instrument der Sicherheitspolitik.

Im Übrigen haben wir schließlich eine 24.000 Personen starke Berufspolizei mit zweijähriger Ausbildung. Ihr gehören Männer und Frauen an. Sie bekommt die gewünschten Exekutivangehörigen. Niemand behauptet, dass diese unterbelichtete Rowdies wären. Niemand kommt auf die Schnapsidee, statt der Polizei eine zwangsweise Bürgerwehr einzuführen, weil eine allgemeine Bürgerwehr das legitime Kind der Demokratie sei.

Seit 1974 gibt es neben dem verpflichtenden Wehrdienst, einen Wehrrersatzdienst der Zivildienstler – den aber auch nur für Männer. Die längste Zeit wurden diese als Drückeberger und Feiglinge verhäht.

So wichtig - und immer wichtiger - Sozialdienste sind, ist es jedoch so, dass Zivildienstler, von denen 40 Prozent in den Blaulichtorganisationen tätig sind, nur Hilfsdienste verrichten. Sie dürfen beispielsweise bei Krankentransporten nicht selbst lenken. Dies macht ein Freiwilliger. Sie sind nur Beifahrer. Ein freiwilliges Sozialjahr für Männer und Frauen wie es Sozialminister Rudolf Hundstorfer vorschlägt, beseitigt Leerläufe, ist viel effizienter und schafft eine breitere vielfach längerfristige Rekrutierungsbasis. Dies ist schon wegen der zunehmend zahlenmäßig kleinen Geburtsjahrgänge unumgänglich. Die Erfahrungen in Deutschland mit einem Bundesfreiwilligendienst zeigen, dass das Angebot an Kräften doppelt so hoch ist wie der Bedarf. Das Modell Hundstorfer würde überdies vergleichsweise doppelt so viele Stellen vorsehen als in Deutschland.

Schließlich zum Thema Katastrophenschutz. Dieser fällt in die Zuständigkeit der Länder und Gemeinden. Er wird überwiegend von den freiwilligen Feuerwehren mit 370.000 Angehörigen wahrgenommen, davon 8.000 mit Spezialausbildung. Um diese besser nutzen zu können, hat Minister Hundstorfer eine Entgeltfortzahlung vorgesehen. Dies bewirkt eine beträchtliche Einsatzverbesserung. Das Bundesheer leistet bei Katastrophen insbesondere qualifizierte Assistenz etwa mit Hubschrauber oder schweren Geräten. Es leuchtet ein, dass diese qualifizierten Assistenzaufgaben mangels Qualifikation nicht von Wehrdienstler sondern durch professionelle Berufsmilitärs durchgeführt werden müssen.

Aus all diesen Gründen ist ein Berufsheer die einzig sinnvolle Lösung. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik darf nicht Thema für billiges parteipolitisches Kleingeld sein. Es kann auch nicht sein, dass die ÖVP ihre Vorstellungen verschweigt und erwartet, dass die Befragten am 20. Jänner eine „Katze im Sack“ kaufen. Das Innenministerium legt nicht einmal eine Information über die Alternativen als Beurteilungshilfe für die Befragten vor. Das alles ist eine frivole Zumutung. Eine solche Haltung heischt nach einer klaren Ablehnung und damit eine klare Zustimmung für ein professionelles freiwilliges Berufsheer. Damit soll Grillparzer abgewandelt schließlich nicht Recht behalten, wenn er sagt „Dies ist der Fluch unserer ohnehin nicht so edlen Politik: auf halben Wegen zu halber Tat mit haben Mitteln zauderhaft zu streben.“

Dr. Hannes Androsch (androsch.com) ist Vorsitzender des Personenkomitees „Unser Heer“ (personenkomiteeunserheer.at), das im Vorfeld der Volksbefragung am 20. Jänner 2013 über die Zukunft des österreichischen Bundesheeres für ein Berufsheer eintritt.